

## **Das Nationale Klimaschutzprogramm 2005 BUND-Bewertung des Entwurfs des Bundesumweltministeriums vom 13.01.2005**

### **Zusammenfassung**

Die Bundesregierung verabschiedet alle drei Jahre ein nationales Klimaschutzprogramm, in dem der Stand der Klimapolitik bilanziert und weitere Maßnahmen für die Zukunft festgelegt werden. Das letzte Klimaschutzprogramm stammt aus dem Jahr 2000. Am 13. Januar 2005 brachte das Bundesumweltministerium den Entwurf für das neue Klimaschutzprogramm (Sechster Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „CO<sub>2</sub>-Reduktion“) in die Ressortabstimmung ein.

Der Entwurf des neuen Klimaschutzprogramms ist enttäuschend und gegenüber dem alten Klimaschutzprogramm in mehrerer Hinsicht ein Rückschritt:<sup>1</sup>

1. Das von Helmut Kohl proklamierte und von der rot-grünen Bundesregierung noch bis 2002 offiziell verfolgte Ziel zur Minderung der Kohlendioxid-Emissionen um 25 Prozent zwischen 1990 und 2005 wird kommentarlos aufgegeben. Zumindest eine ehrliche Analyse, warum dieses Ziel nicht erreicht wurde, wäre für die Glaubwürdigkeit des neuen Programms erforderlich.
2. Anstatt eine klare Perspektive aufzuzeigen, mit welchen Maßnahmen das Ziel zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zwischen 1990 und 2020 erreicht werden kann, bezieht sich der Entwurf des Klimaschutzprogramms nur auf das schwächere Kyoto-Ziel.
3. Selbst das Erreichen des Kyoto-Ziels ist wegen der mangelnden Fortschritte im Gebäudebereich gefährdet. Im Entwurf des Klimaschutzprogramms wird aber darauf verzichtet, die notwendigen Maßnahmen zu planen. Im folgenden benennt der BUND, welche der bereits seit längerem diskutierten Maßnahmen in kurzer Frist umgesetzt werden sollten.

### **Der Klimawandel hat bereits begonnen**

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die dramatischen Folgen des Klimawandels haben sich in den letzten Jahren zunehmend verdichtet:

- Der offizielle Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change aus dem Jahr 2001 prognostiziert einen Anstieg der weltweiten Temperaturen um durchschnittlich 1,4 bis 5,8 Grad bis zum Ende dieses Jahrhunderts.<sup>2</sup> Es ist sehr wahrscheinlich, dass das EU-Ziel, den Temperaturanstieg auf maximal 2,0 Grad zu begrenzen, um das Jahr 2050 überschritten wird.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Zur Kritik der Umweltverbände an Bundesumweltminister Jürgen Trittin siehe auch [http://www.bund.net/lab/reddot2/aktuell\\_4270.htm](http://www.bund.net/lab/reddot2/aktuell_4270.htm)

<sup>2</sup> IPCC Third Assessment Report - Climate Change 2001 - siehe [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch)

<sup>3</sup> European Environment Agency, Impacts of Europe's changing climate, EEA Report No. 2/2004 – siehe [www.eea.eu.int](http://www.eea.eu.int)

- Wissenschaftler befürchten mit immer höherer Wahrscheinlichkeit, dass das Eisschild in der Westantarktis kollabiert und dadurch der Meeresspiegel um vier bis sechs Meter ansteigt.<sup>4</sup>
- Klimaforscher gehen davon aus, dass der Hitzesommer 2003, der mehr als 20.000 Tote gefordert hat, mit neunzig Prozent Wahrscheinlichkeit auf den Klimawandel zurück zu führen ist.<sup>5</sup>
- Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet alleine in Deutschland mit ökonomischen Schäden durch den Klimawandel in Höhe von 137 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.<sup>6</sup>

Es ist also höchste Zeit zu handeln. Einen Stillstand in der Klimapolitik können wir uns angesichts der globalen Bedrohung nicht leisten. Vor diesem Hintergrund grenzt die Problemwahrnehmung im Entwurf des Klimaschutzprogramms an Zynismus:

„Seit Beginn des gegenwärtigen Jahrzehnts stagniert der Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland. Damit befindet sich die nationale Klimaschutzpolitik in Deutschland mittlerweile in einer Konsolidierungsphase“<sup>7</sup>

### Welche Klimaschutzziele hat sich die Bundesregierung gesetzt? Welche fordert der BUND?

Die folgenden klimapolitischen Ziele werden zur Zeit politisch diskutiert:

Bezeichnung	Ziel	Status
25-Prozent Reduktionsziel	25 Prozent Minderung CO <sub>2</sub> -Emissionen zwischen 1990 und 2005	Offizielles Regierungsziel der nationalen Klimapolitik zwischen 1995 und 2002
Kyoto-Ziel	21 Prozent Minderung der sechs Treibhausgase zwischen 1990 und der Periode 2008-2012	1997 von der Bundesregierung in Kyoto verhandelt und seit 16.02.2005 völkerrechtlich verbindliches Ziel
Unkonditioniertes 40-Prozent Reduktionsziel	40 Prozent Minderung der Treibhausgase zwischen 1990 und 2020	Forderung des BUND, des Rates für Nachhaltige Entwicklung und des Sachverständigenrates für Umweltfragen
Konditioniertes 40-Prozent Reduktionsziel	40 Prozent Minderung der Treibhausgase bis 2020 unter der Voraussetzung, dass sich die EU zu einer Minderung um 30 Prozent verpflichtet	Offizielle Position der Bundesregierung (Koalitionsvereinbarung 2002)
80-Prozent Reduktionsziel	Verringerung der Treibhausgasemissionen um 80 Prozent bis 2050	Forderung des BUND, des Rates für Nachhaltige Entwicklung und der Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages

Der Entwurf des Bundesumweltministeriums für das neue Klimaschutzprogramm orientiert sich nicht mehr an dem 25-Prozent Reduktionsziel, sondern nur noch am Kyoto-Ziel. Das letzte Klimaschutzprogramm aus dem Jahr 2000 war durchgängig am 25-Prozent Reduktionsziel ausgerichtet.<sup>8</sup> Erst nach den letzten Bundestagswahlen hat die Bundesregierung das 25-Prozent Reduktionsziel aufgegeben. Dabei wurde aber nicht öffentlich nachvollziehbar bilan-

<sup>4</sup> Science 2004, 306: 255-258 – siehe auch <http://www.atmosphere.mpg.de/enid/3tz.html>

<sup>5</sup> Nature, Band 432, S. 610 und 559 – siehe auch Berliner Zeitung vom 3.12.2004: „Heiße Gewissheit“

<sup>6</sup> DIW-Wochenbericht 42/2004

<sup>7</sup> Bundesumweltministerium, Entwurf des Klimaschutzprogramms vom 13.01.2005, Seite 10.

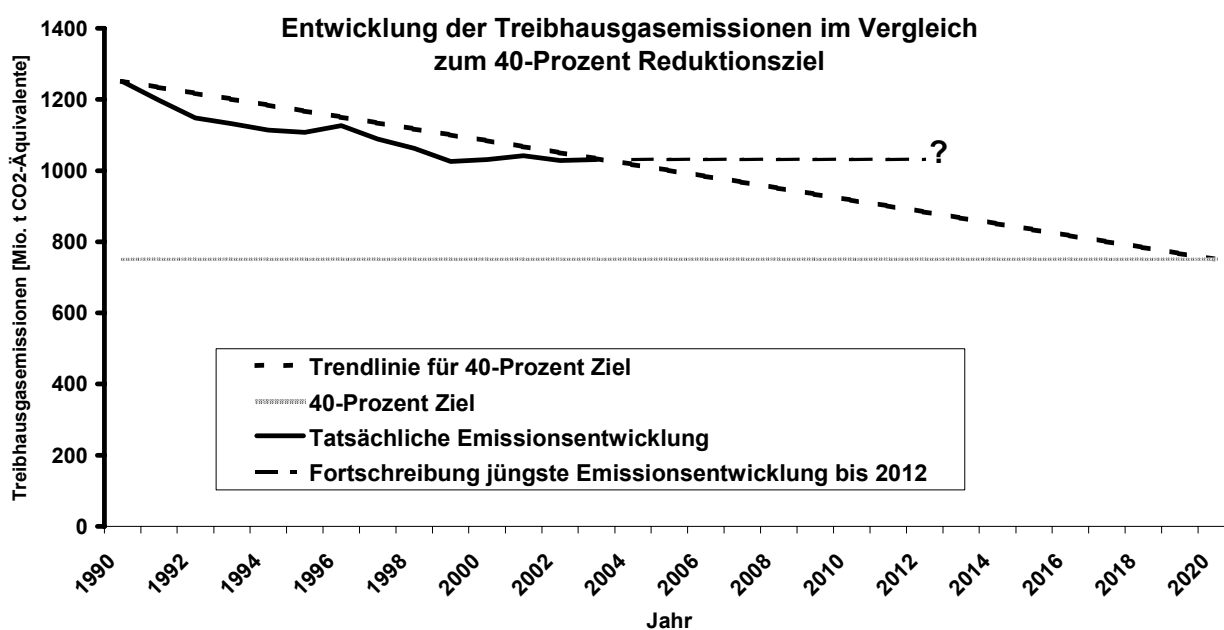
<sup>8</sup> Nationales Klimaschutzprogramm vom 18.10.2000 - <http://www.bmu.de/klimaschutz/doc/6886.php>

ziert, warum das 25-Reduktionsziel nicht mehr erreichbar ist, sondern es wurde einfach unter den Teppich gekehrt.

Das Kyoto-Ziel ist leichter erreichbar, weil von den 21 Prozent Minderung bereits 19 Prozentpunkte erreicht sind. Das 25-Prozent Reduktionsziel ist dagegen faktisch nicht mehr erreichbar, weil die Kohlendioxidemissionen bisher erst um 16 Prozent verringert werden konnten.<sup>9</sup>

### Warum reicht das Kyoto-Ziel nicht aus?

Das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls ist ein wichtiger historischer Schritt in den mühsamen Verhandlungen für weltweit verbindliche Klimaschutzziele. Aber das Tempo der Emissionsminderungen muss deutlich gesteigert werden, um den globalen Temperaturanstieg auf gerade noch akzeptable zwei Grad Erwärmung zu begrenzen. Um 0,6 Grad sind die Temperaturen seit Beginn der Industrialisierung bereits gestiegen; weitere 0,7 Grad Anstieg lassen sich aufgrund der schon ausgestoßenen Klimagase nicht mehr verhindern. Die verbleibende Zeit zu handeln ist also äußerst kurz. Da die Pro-Kopf-Emissionen in Deutschland rund zweieinhalb mal so hoch sind wie im weltweiten Durchschnitt, tragen wir hier eine besondere Verantwortung.



Quelle: Entwurf des Klimaschutzprogramms vom 13.01.2005, eigene Berechnungen

Diese Grafik zeigt die tatsächliche Entwicklung der Treibhausgasemissionen seit 1990 im Vergleich zu einer linearen Trendlinie, die zur Erfüllung des 40 Prozent-Reduktionsziels führt. Während die Emissionen Anfang der neunziger Jahre sehr stark zurück gegangen sind, stagnieren die Emissionen seit 1998 mit leichten Auf-und-Ab-Bewegungen. Das Kyoto-Ziel ist zwar in erreichbarer Nähe, aber die mittel- und langfristig notwendigen Emissionsminderungen werden immer schwerer erreichbar, wenn die Klimapolitik nicht an Fahrt gewinnt.

<sup>9</sup> Der höhere Zielerreichungsgrad beim Kyoto-Ziel resultiert daraus, dass die Emissionen der anderen Kyoto-Gase Methan, Lachgas, H-FKW, FKW und SF<sub>6</sub> im Vergleich zu Kohlendioxid überproportional zurück gegangen sind.

### **BUND-Forderungen:**

- Eine ehrliche Bewertung, warum das 25-Prozent Reduktionsziel nicht erreicht wird, ist für die Glaubwürdigkeit des Klimaschutzprogramms unerlässlich.
- Die Ausrichtung des Klimaschutzprogramms am Kyoto-Ziel greift zu kurz. Das Programm müsste sich am 40-Prozent Reduktionsziel orientieren und Maßnahmen aufzeigen, die zum Erreichen dieses Ziels notwendig sind. Dies wurde im alten Klimaschutzprogramm bereits ansatzweise geleistet. Im Entwurf des neuen Programms wird das konditionierte 40-Prozent Reduktionsziel lediglich zitiert, ohne zu erläutern, wie der Weg zu diesem Ziel verlaufen soll.

### **Wie haben sich die Emissionen seit 1998 entwickelt?**

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Stagnation bei der Emissionsentwicklung zu überwinden. Fortschritte in einigen Bereichen wurden durch Rückschritte in anderen Bereichen zunichte gemacht:

#### Positiv ist die Entwicklung beim Ausbau der erneuerbaren Energien:

- Seit dem Inkrafttreten des Erneuerbare Energien Gesetzes am 1. April 2000 konnte der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 9,3 Prozent gesteigert werden. Die Stromerzeugung aus Windenergie, Biomasse und Photovoltaik wurde zwischen 1998 und 2004 von 7,3 TWh auf 34,9 TWh rund verfünffacht.
- Die Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien stieg im gleichen Zeitraum von 53,8 auf nur 62,1 TWh. Im Wärmebereich besteht also noch großer Nachholbedarf.
- Insgesamt ist der Anteil der Erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 3,6 % gestiegen. Das ist ein beachtlicher Erfolg.<sup>10</sup>

#### Gemischt ist die Bilanz im Verkehrsbereich:

- Durch die Erhöhung der Mineralölsteuer im Rahmen der ökologischen Steuerreform zwischen 1999 und 2003 und den Anstieg der Rohölpreise konnte der Kraftstoffverbrauch zwischen 1999 und 2003 erstmals mehrere Jahre in Folge deutlich reduziert werden (Rückgang in Prozent gegenüber Vorjahr: 2000: -2,8; 2001: -1,0; 2002: -2,3; 2003: -3,5)<sup>11</sup>. Allerdings ist ein Teil dieses Rückgangs auf Tanktourismus zurückzuführen und im Jahr 2004 ist der Kraftstoffverbrauch trotz relativ hoher Rohölpreise sogar wieder leicht angestiegen.<sup>12</sup>
- Der Güterverkehr steigt weiter stark an. Die Bundesregierung geht sogar von einem Anstieg um 60 Prozent zwischen 1997 und 2015 aus.<sup>13</sup>
- Auch die besonders klimaschädlichen Treibhausgase aus dem Flugverkehr steigen weiter stark an. Sie unterliegen jedoch nicht dem Kyoto-Ziel.

<sup>10</sup> Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien Statistik: Erste vorläufige Abschätzung zur Entwicklung der Erneuerbaren Energien im Jahr 2004 in Deutschland – <http://www.bmu.de/erneuerbare/energien/doc/35098.php>

<sup>11</sup> Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage Nr. 5/170 vom 24.05.2004

<sup>12</sup> siehe DIW-Wochenberichte 41/2004 und 9/2005

<sup>13</sup> Fortschrittsbericht 2004. Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland. Oktober 2004. S. 90 -

### Negativ ist die Entwicklung im Stromsektor und im Gebäudebereich:

- Die Kohlendioxid-Emissionen aus der Stromerzeugung in Kraftwerken sind zwischen 1998 und 2003 von 366,8 Millionen Tonnen auf 385,1 Millionen Tonnen angestiegen.<sup>14</sup> Verantwortlich dafür ist der Anstieg des Stromverbrauchs um 3,7 Prozent zwischen 1998 und 2003 und die höhere Stromerzeugung in veralteten Kohlekraftwerken. Dieser Anstieg der Emissionen ist auch deshalb nicht hinnehmbar, weil die Industrie und Energiewirtschaft im Jahr 2001 zugesagt hatten, insgesamt 45 Millionen Tonnen Kohlendioxid zwischen 1998 und 2010 einzusparen.
- Im Gebäudebereich sollte die Energieeinsparverordnung laut dem alten Klimaschutzprogramm zu einer Minderung der Kohlendioxidemissionen um vier Millionen Tonnen führen. Tatsächlich stagnieren die Emissionen in diesem Bereich, obwohl dort besonders hohe Einsparpotenziale liegen. Verantwortlich dafür sind die zu geringen Sanierungspflichten für Altbauten, die mangelhafte Kontrolle der geltenden Vorschriften und das weitere Anwachsen der Wohnfläche.

### **Welche Maßnahmen im alten Klimaschutzprogramm wurden umgesetzt, welche nicht?**

Zahlreiche im alten Klimaschutzprogramm angekündigte Maßnahmen wurden gar nicht oder nur unvollständig umgesetzt. Die folgende Tabelle fasst den Umsetzungsstand bei einem Teil der insgesamt 64 im alten Klimaschutzprogramm angekündigten Maßnahmen zusammen.<sup>15</sup>

<b>Maßnahme</b>	<b>Minderungsbeitrag laut Klimaschutzprogramm 2000</b>	<b>Umsetzungsstand</b>
Energieeinsparverordnung	4 Mio. t	Verordnung mit zu geringen Sanierungspflichten in Kraft. Vollzug ungenügend.
Förderprogramme zur Energieeinsparung im Gebäudebestand	5-7 Mio. t	Förderprogramme wurden ausgebaut. Minderungsbeitrag 2,9 Mio. t <sup>16</sup> - aber die Fortführung der Mittel nach 2005 ist nicht gesichert!
Energieverbrauchskennzahlen für Gebäude		Einführung Energiepass für den Bestand erst ab 2006 geplant
Maßnahmen im Bereich Stromverbrauch sowie insbesondere Stand-by-Verbrauch		Keine durchgreifend erfolgreichen Maßnahmen – der Stromverbrauch ist zwischen 1998 und 2003 um 3,7 Prozent angestiegen
Förderung des Erdgaseinsatzes	3,1 Mio. t	Selbstverpflichtung der Erdgaswirtschaft – Umsetzungsstatus offen
Emissionsorientierte Abgaben im Luftverkehr	1 Mio. t	Keine Umsetzung
Umwandlung der Kilometerpauschale in eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale		Am 01.01.2001 erfolgt. ÖPNV-Nutzung stabilisiert. Insgesamt weiterhin hohe Steuersubventionierung des PKW-Verkehrs
Verwendung von Leichtlaufölen und Leichtlaufreifen	3 – 5,5 Mio. t	Umsetzung mangelhaft. Beitrag stark überschätzt
LKW-Maut	5,0 Mio. t	Einführung anstatt 2003 erst 2005. Beitrag stark überschätzt.
CO <sub>2</sub> -Minderung bei neuen KFZ	4,0 – 7,0 Mio. t	Selbstverpflichtung der Automobilindustrie bis 2008 wird vsl. nicht eingehalten

<sup>14</sup> DIW-Wochenbericht 9/2005

<sup>15</sup> Eine umfassende Analyse der im alten Klimaschutzprogramm enthaltenen Maßnahmen ist enthalten in: P. Markewitz, H.J. Ziesing (Hg.), Politikszenerarien für den Klimaschutz. Langfristszenarien und Handlungsempfehlungen ab 2012 (Politikszenerarien III) – Kapitel 3

<sup>16</sup> KfW Umwelt-Monitor Februar 2005, S. 5

Schulung für energiesparende Fahrweise	5,0 Mio. t	Einzelne Schulungsprogramme haben nur einen Bruchteil der Autofahrer erreicht. Beitrag stark überschätzt.
Einführung einer Quotenregelung für den KWK-Ausbau	10,0 Mio. t bis 2005 23 Mio. t bis 2010	Anstelle einer verbindlichen Quote wurde eine unverbindliche Selbstverpflichtung verabschiedet, die nicht zielgerecht umgesetzt wird. Das Monitoring wurde von 2004 auf 2005 verschoben.
Energieeinsparverordnung im Bereich Industrie und Kleinverbrauch	6 Mio. t	Wie auch bei den privaten Haushalten ungenügende Vollzugskontrolle
Forcierter Zubau von erdgasbefeuelten GuD-Kraftwerken	5 – 10 Mio. t	Administrative Hemmnisse; bei angestiegener Kohleverstromung kein Einspareffekt

Insgesamt wurden im alten Klimaschutzprogramm Maßnahmen angekündigt, mit deren Hilfe die Kohlendioxidemissionen bis 2005 um 50 – 70 Millionen Tonnen reduziert werden sollten – eine sehr ehrgeizige Vorgabe. Die Gründe für das Scheitern des alten Klimaschutzprogramms:

- Erwartung hoher Minderungsbeiträge aus freiwilligen Selbstverpflichtungen mit der Wirtschaft, die nicht eingehalten wurden. Verzicht auf verbindliche Maßnahmen.
- Zu optimistische Annahmen über den Minderungsbeitrag der Maßnahmen.
- Doppelzählung von Emissionsminderungen bei sich überschneidenden Maßnahmen.

### **Kalte Winter gefährden das Erreichen des völkerrechtlich verbindlichen Kyoto-Ziels**

Bei der Aufstellung des nationalen Allokationsplans für den Emissionshandel wurden Ziele für alle fünf volkswirtschaftliche Sektoren festgelegt:

	<b>Durchschnitt 2000-2002</b>	<b>Durchschnitt 2000-2002 tempe- raturbereinigt</b>	<b>Zuteilungsperiode 2005-2007</b>	<b>Zuteilungsperiode 2008-2012</b>
<b>Energie und Industrie</b>	505 Mio. t / Jahr	507 Mio. t / Jahr	503 Mio. t / Jahr	495 Mio. t / Jahr
<b>Verkehr und Haushalte</b>	297 Mio. t / Jahr	<b>307 Mio. t / Jahr</b>	298 Mio. t / Jahr	291 Mio. t / Jahr
<b>Gewerbe, Handel und Dienstleistungen</b>	61 Mio. t / Jahr	<b>64 Mio. t / Jahr</b>	58 Mio. t / Jahr	58 Mio. t / Jahr
<b>Summe</b>	863 Mio. t / Jahr	878 Mio. t / Jahr	859 Mio. t / Jahr	844 Mio. t / Jahr

Quelle: Quelle für Spalten 2 und 3: BMU-Entwurf des Nationalen Allokationsplans vom 29.01.2004. Spalten 4 und 5: BMU-Entwurf des Klimaschutzprogramms vom 13.01.2005

Die Industrie und die Energiewirtschaft nehmen zum größten Teil am EU-Emissionshandel teil. Das Erreichen der Ziele ist dadurch bisher sicher gestellt – allerdings nur, wenn die festgelegten Ziele in der Periode von 2008 bis 2012 ohne Abstriche umgesetzt werden.

Im Haushaltssektor müssen laut Zuteilungsgesetz bis zur Kyoto-Periode 2008/2012 noch sieben bis neun Millionen Tonnen Kohlendioxid vermieden werden. Dies ist die eigentliche Herausforderung für die Bundesregierung im neuen Klimaschutzprogramm, nachdem sie sich von den anspruchsvolleren Zielen verabschiedet hat. Ein weiteres gravierendes Problem entsteht, weil die Jahre 2000-2002 überdurchschnittlich warm waren und dadurch die tatsächlichen Kohlendioxidemissionen für die Gebäudeheizung in diesen Jahren geringer waren als bei temperaturbereinigter Betrachtung. Für die nicht am Emissionshandel beteiligten Sektoren

Haushalte und Gewerbe/ Handel/ Dienstleistungen resultiert daraus eine zusätzliche Deckungslücke in Höhe von 13 Millionen Tonnen.

**Fazit: Insgesamt müssen mit dem neuen Klimaschutzprogramm zusätzliche Maßnahmen mit einem Minderungsbeitrag in Höhe von 20 – 22 Millionen Tonnen Kohlendioxid beschlossen werden, um wenigstens das Kyoto-Ziel zu erreichen. Die bloße Weiterführung der bisherigen Maßnahmen reicht nicht aus.**

### Welche Maßnahmen im Gebäudebereich sind kurzfristig erforderlich?

Im Entwurf für das neue Klimaschutzprogramm stellt das Bundesumweltministerium fest:

„Es ist davon auszugehen, dass die im Oktober 2000 für den Bereich „Private Haushalte“ festgelegten Minderungsziele mit den bisher wirksamen Maßnahmen verfehlt werden. (...) Bereits heute ist klar, dass die Energieeinsparverordnung die ihr zugeschriebene Minderungswirkung deutlich verfehlen wird. Viele Sanierungen werden nicht entsprechend den energiesparrechtlichen Anforderungen ausgeführt. So wird bei Fassadenerneuerungen statt einer ausreichenden Wärmedämmung häufig nur der Verputz oder die Farbe erneuert, ohne dass dies von der Vollzugsbehörde vor Ort sanktioniert wird. (...) Erst mit dem Einsatz zusätzlicher Maßnahmen ist – unabhängig von jährlichen Temperaturschwankungen – eine stetige Minderung der absoluten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Haushaltssektor zu erwarten.“

Allerdings verzichtet das Bundesumweltministerium darauf, konkrete Maßnahmen in die Ressortabstimmung einzubringen. Das wäre aus Sicht des BUND notwendig gewesen: nur wenn konkrete Maßnahmen auf dem Tisch liegen, können die anderen Ressorts auch öffentlich zur Zustimmung gedrängt werden.

Folgende Maßnahmen im Gebäudebereich werden schon seit längerem diskutiert und müssen noch in dieser Wahlperiode umgesetzt werden:

1. Weiterführung und deutliche Aufstockung der KfW-Kreditprogramme für die Altbau-sanierung. Die derzeitigen Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm (Versteigerung der UMTS-Lizenzen) laufen Ende 2005 aus. Die Anschlussfinanzierung ist bisher noch nicht gesichert. Bündnis 90/Die Grünen schlagen die Verdoppelung der Bundesmittel auf 720 Millionen Euro jährlich vor.<sup>17</sup> Die Förderung sollte außerdem teilweise auf direkte Zuschüsse und Abschreibungsvergünstigungen umgestellt werden. Zur Finanzierung könnte die Abschaffung der Eigenheimzulage herangezogen werden. Allerdings wird dies bisher von den unionsregierten Ländern im Bundesrat blockiert. Alternativ könnten die Mittel über eine geringfügige Anhebung der Steuern auf Heizöl und Erdgas mobilisiert werden.<sup>18</sup> Da die Investitionen direkt zur Senkung der Heizkosten bei Mietern und Hauseigentümern beitragen, könnte ein solcher Schritt überzeugend vermittelt werden.

<sup>17</sup> Beschluss der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Weg vom Öl – auch im Wärmebereich“ vom 14.12.2004 [http://www.gruene-fraktion.de/cms/in\\_arbeit/dokbin/51/51909\\_beschluss\\_weg\\_vom\\_oel\\_auch\\_im\\_waermebere.pdf](http://www.gruene-fraktion.de/cms/in_arbeit/dokbin/51/51909_beschluss_weg_vom_oel_auch_im_waermebere.pdf)

<sup>18</sup> Zu weiteren Details siehe Beitrag „Ökosteuern trotz Ölpreisrekord? Prioritäten für die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform“. Oktober 2004 – [www.oeko-steuer.de/downloads/oekosteuer-fortfuehren.pdf](http://www.oeko-steuer.de/downloads/oekosteuer-fortfuehren.pdf)

2. Einführung eines aussagekräftigen und mieterfreundlichen Energiepasses mit klaren Angaben zu Sanierungspotenzialen. Der Energiepass muss ab 1. Januar 2006 zur Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie verbindlich eingeführt werden. Der Energiepass sollte folgende Anforderungen erfüllen:
- Die Effizienz des Gebäudes soll verbraucherfreundlich mittels eines Labels (wie bei Elektrogeräten) zusammengefasst werden. Dabei sollen der Primärenergieverbrauch und die Wärmedämmung separat berücksichtigt werden.
  - Sowohl Energieverbrauchskennwerte als auch Energiebedarfskennwerte sollen mittelfristig in den Energiepass aufgenommen werden. Bedarfskennwerte sind sinnvoll und erforderlich bei Verkauf und Vermietung des Gebäudes, um die unabhängig von den Nutzern vorliegenden Gebäudeeigenschaften zu kennzeichnen. Energieverbrauchskennwerte sind eine sinnvolle Information für Nutzer und Mieter, da diese einen Bezug zur realen Energieverbrauchsabrechnung darstellen und hierdurch auch zu einer erhöhten Verständlichkeit und Akzeptanz bei Hauseigentümern und Mietern beitragen. Da beide Werte nicht auf einen Schlag für alle Gebäude erhoben werden können, soll der Energiebedarfswert schrittweise zunächst für Gebäude mit besonders hohem Energieverbrauch eingeführt und im Laufe von sechs Jahren für alle Gebäude erfasst werden.
  - Außerdem soll der Energiepass Hinweise zur Modernisierung und Senkung des Energieverbrauchs enthalten.
- Weitere Informationen: <http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/energiepass.pdf>
3. Zu Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden wird zur Zeit das Energieeinsparungsgesetz (EnEG) aus dem Jahr 1976 novelliert. Bisher können nur Sanierungsmaßnahmen bei Altbauten vorgeschrieben werden, die sich nach eng definierten betriebswirtschaftlichen Maßstäben rechnen. Der BUND fordert, dass in Zukunft auch die zu erwartenden Energiepreissteigerungen und die volkswirtschaftlichen Schäden aufgrund des Klimawandels als Grundlage für konkretere Sanierungspflichten in der Energieeinsparverordnung herangezogen werden.
- Weitere Informationen: [http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/energieeinsparung\\_0502.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/energieeinsparung_0502.pdf)

### **Welche klimapolitischen Maßnahmen sollen außerdem noch in dieser Wahlperiode verabschiedet werden?**

Da der Entwurf des Klimaschutzprogramms anderthalb Jahre verspätet in die Ressortabstimmung gegeben wurde, läuft der Bundesregierung jetzt die Zeit davon. Aber zumindest die Maßnahmen, die im alten Klimaschutzprogramm und in der Koalitionsvereinbarung angekündigt wurden, müssen jetzt zügig verabschiedet werden:

1. Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung: Bereits jetzt ist klar, dass die von der Wirtschaft zugesagte CO<sub>2</sub>-Minderung in Höhe von 23 Millionen Tonnen bis 2010 nicht ansatzweise erreicht wird. Die angekündigte Einführung verbindlicher Maßnahmen für den KWK-Ausbau darf daher nicht länger herausgezögert werden.
2. Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform: Laut Koalitionsvereinbarung sollte darüber im Laufe des Jahres 2004 entschieden werden. Die EU-Energiesteuerrichtlinie verlangt mindestens die Umsetzung folgender Maßnahmen in Deutschland:
  - Aufhebung der Erdgassteuer bei der Stromerzeugung (seit 1.1.2004)
  - Einführung einer Kohlesteuer für Heizzwecke (spätestens ab 1.1.2007)
  - Überarbeitung der Ökosteuer-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe (1.1.2007)
 Weitere Informationen: [www.oeko-steuer.de/downloads/oekosteuer-fortfuehren.pdf](http://www.oeko-steuer.de/downloads/oekosteuer-fortfuehren.pdf)

3. Einführung eines Markteinführungsprogramms für Stromeffizienz: Seit geraumer Zeit wird die Einführung eines Energieeffizienz-Fonds diskutiert, um energieeffizienten Anwendungen und Technologien zum Marktdurchbruch zu verhelfen. Da die Einführung eines Energieeffizienz-Fonds bisher am mangelnden politischen Willen und Ressortegoismen gescheitert ist, schlägt der BUND als administrativ leicht einzuführenden Schritt ein Markteinführungsprogramm für Stromeffizienz vor.  
Weitere Informationen: <http://www.bund.net/lab/reddot2/energiepolitik.htm>
4. Umstellung der KFZ-Steuer auf CO2 als Bemessungsgrundlage: Dies wurde in der Koalitionsvereinbarung angekündigt. Die Bundesregierung hat hierzu aber bisher keinen Vorschlag vorgelegt.
5. Senkung der Mehrwertsteuer für den Schienenfernverkehr und Einführung einer Kerosinsteuer im inländischen Flugverkehr: Die Senkung der Mehrwertsteuer von 16 Prozent auf 7 Prozent wurde in der Koalitionsvereinbarung angekündigt aber bisher wegen Finanzknappheit nicht umgesetzt. Die unionsregierten Länder haben im Bundesrat die Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Flüge blockiert. Dagegen kann die ebenfalls vom BUND geforderte Einführung einer Kerosinsteuer im inländischen Flugverkehr nicht vom Bundesrat blockiert werden.  
Weitere Informationen:  
[www.oeko-steuer.de/downloads/bund-kerosinsteuer-inland.pdf](http://www.oeko-steuer.de/downloads/bund-kerosinsteuer-inland.pdf)

**Fazit: Die dringend notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz müssen nicht „neu erfunden“ werden. Ausgereifte Konzepte liegen längst auf dem Tisch. Die Umsetzung ist noch in dieser Wahlperiode möglich, wenn die Koalition den politischen Willen dazu aufbringt.**

**Ambitionierter Klimaschutz schafft Arbeitsplätze. Alleine im Bereich der Gebäudesanierung könnten bis zum Jahr 2010 bis zu 110.000 neue Arbeitsplätze entstehen. 15.000 Arbeitsplätze könnten durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2010 geschaffen werden.<sup>19</sup> Diese Chancen müssen endlich genutzt werden.**

Kontakt:

Matthias Seiche

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

Tel. 030 / 275 86 – 433, Fax - 440

[matthias.seiche@bund.net](mailto:matthias.seiche@bund.net)

[www.bund.net/klimaschutz](http://www.bund.net/klimaschutz)

---

<sup>19</sup> BUND-Hintergrund: Umwelt und Beschäftigung, November 2004 – siehe [http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/umwelt\\_beschaeftigung.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/umwelt_beschaeftigung.pdf)